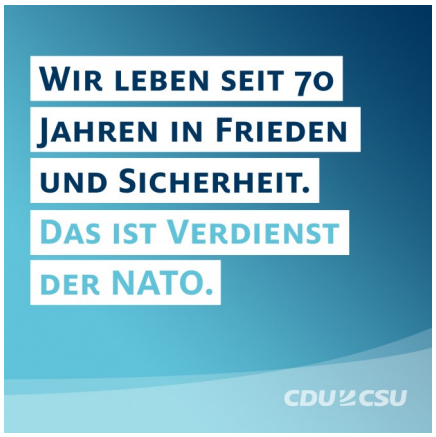
Wir stehen für mehr innere und äußere Sicherheit



Die aktuellen Zahlen zur Polizeilichen Kriminalstatistik sind erfreulich: die Gesamtzahl der erfassten Straftaten ist um 3,6 Prozent auf rund 5,5 Millionen zurückgegangen. Dass unsere Maßnahmen wirken, zeigt die Zahl der Wohnungseinbrüche. Sie ist 2018 um 16,3 Prozent zurückgegangen. Unser seit Jahren verfolgter Ansatz ist richtig: mehr Stellen für die Polizei, härtere Strafen für Einbrecher und mehr Prävention etwa durch KfW-Zuschüsse für einbruchshemmende Maßnahmen. Nicht hinnehmbar ist für uns der starke Anstieg der Straftaten gegen Polizisten und Rettungskräfte (+ 39,9 Prozent). Hier haben wir bereits mit einer präziseren Erfassung und mit Strafverschärfungen reagiert.

Insgesamt ist Deutschland ein sehr sicheres Land und wir arbeiten daran, dass es so bleibt. Aber auch die äußere Sicherheit Deutschlands ist uns wichtig. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass die Bundeswehr auch künftig an Schulen durch Jugendoffiziere über ihre Arbeit informiert. Soldaten sind Bürger in Uniform und ein wichtiger Teil unseres Landes. Und wir stehen zur NATO, zu deren Stärke wir in den letzten Jahrzehnten viel beigetragen haben. Die NATO wird auch künftig als System kollektiver Sicherheit für Deutschland unverzichtbar sein. Daher stehen wir als Unionsfraktion dazu, in einer unsicherer gewordenen Welt mehr in die äußere Sicherheit unseres Landes und damit in die Bundeswehr zu investieren. Ohne äußere Sicherheit ist auch innere Sicherheit wenig wert.

Gegen Menschenhandel und Kindergeldbetrug

Wir haben das Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch beraten, das Arbeitnehmer besser gegen illegale Lohnpraktiken und Arbeitsausbeutung schützen soll. Dazu sollen die Befugnisse des Zolls erweitert werden. So werden die Beamten des Zolls - genauer gesagt der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) - schon bereits bei der Anbahnung von Schwarzarbeit im Bereich der sog. Tagelöhnerbörsen, zum Beispiel auf dem so genannten „Arbeitsstrich“ in Großstädten oder bei der Anwerbung im Internet, tätig werden dürfen.

Ebenfalls bekommt der Zoll neue Aufgaben und Rechte, um gegen den unrechtmäßigen Erhalt von Kindergeld und Sozialleistungen vorgehen zu können. Es geht um Fälle, in denen mit gefälschten Dokumenten und Scheinarbeitsverträgen Kindergeld erschlichen wird. Hier soll der Datenaustausch der Behörden untereinander verbessert werden. Der Zoll muss zukünftig Anzeichen für einen unberechtigten Kindergeldbezug direkt den zuständigen Behörden melden. Er darf hierfür auch entsprechende Außenprüfungen der zuständigen Behörden begleiten. Laufende Kindergeldzahlungen können dann in begründeten Zweifelsfällen vorläufig eingestellt werden.

Der Zoll erhält für diese erweiterten Aufgaben bis 2030 insgesamt 4.360 zusätzliche Arbeitsstellen.

Albert Stegemann: Verbesserungen beim Stromnetzausbau

Niedersachsen ist vom Stromnetzausbau im Rahmen der Energiewende durch Trassen wie Suedlink oder A-Nord besonders betroffen. Viele Grundstückseigentümer entlang der Netzausbauvorhaben sorgen sich über die Auswirkungen auf Grund und Boden. Daher hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche Verbesserungen beschlossen. Als niedersächsische Abgeordnete haben wir eingefordert, dass die negativen Auswirkungen auf den Boden, die Umwelt und die Landwirtschaft so gering wie möglich ausfallen. Und wir konnten viele Verbesserungen erreichen:

1. Die Bundeskompensationsverordnung kommt. Die Bundesregierung legt nun dem Bundestag kurzfristig einen Entwurf vor, damit bei Vorhaben der Bundesverwaltung die land- und forstwirtschaftliche Nutzung so wenig wie möglich durch Kompensationsmaßnahmen beeinträchtigt wird.
2. Netzbetreiber werden verpflichtet, alle Maßnahmen bodenschonend durchzuführen. Dies wird künftig durch Überwachungsmaßnahmen noch stärker im Fokus der Bauausführung stehen.
3. Grundstückseigentümer erhalten eine höhere Dienstbarkeitsentschädigung. Bei Freilandleitungen wird diese auf 25 Prozent des Verkehrswerts angehoben, bei Erdkabeln auf 35 Prozent. Öffnungsklauseln in bestehenden Rahmenverträgen werden berücksichtigt.
4. Wir führen einen Beschleunigungszuschlag ein. Wird einer Dienstbarkeitsbewilligung binnen acht Wochen zugestimmt, erhält der Eigentümer einen Zuschlag von 75 Prozent. Damit steigt die Dienstbarkeitsentschädigung bei einer Freilandleitung auf rund 40 Prozent des Verkehrswertes und bei Erdkabeln auf rund 60 Prozent.

Darüber hinaus gilt: Überall dort, wo der Netzausbau trotz aller Vorsicht zu Schäden oder Ertragseinbußen führt, ist Schadensersatz fällig. Hier stehen die Netzbetreiber in der Verantwortung.

Wir werden weiter an Verbesserungen arbeiten. Modellvorhaben mit platzsparenden und erwärmungsmindernden Verlegetechniken sind geplant. Zudem wollen wir sicherstellen, dass alle Schadensersatzansprüche von Bewirtschaftern abgesichert werden. Denkbar ist etwa die Umkehr der Beweislast zu Lasten der Übertragungsnetzbetreiber.

Härtere Strafen für Einbrecher

Wir setzen ein klares Zeichen für mehr Sicherheit und Schutz des Eigentums. Auf Drängen der Unionsfraktion hat die Koalition die Strafen für Einbrecher angehoben. Für Wohnungseinbrüche droht inzwischen eine Mindeststrafe von einem Jahr.

Dass diese neue Mindeststrafe von einem Jahr abschreckt, zeigt die letzte Statistik: So sank 2017 die Zahl der Wohnungseinbrüche um 23 Prozent auf 116.450 Taten. 2015 war mit 167.136 registrierten Wohnungseinbrüchen ein Höchststand der vergangenen Jahre erreicht worden. Jahrelang hatte die Zahl der Einbrüche in Deutschland bis dahin zugenommen.

Die Mindeststrafe von einem Jahr verhindert aber auch, dass Verfahren gegen Einbrecher schnell wieder eingestellt werden. Denn jetzt muss Anklage erhoben werden - eine Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit kommt dann nicht mehr in Betracht.

Wohnungseinbrüche führen nicht nur zu materiellen Schäden, sondern traumatisieren die Opfer. Menschen fühlen sich in den eigenen vier Wänden nicht mehr sicher, haben Angst. Hier setzt die Mindeststrafe für Einbruch in eine Privatwohnung ein klares Zeichen für mehr Sicherheit und Schutz des Eigentums.

Nach dem Beschluss der Bundesregierung werden seit 21. März 2017 kleinere Sicherungsmaßnahmen an den eigenen vier Wänden von Bundesinnenministerium, Bundesbauministerium und der KfW gefördert. Zuschüsse können somit schon ab einer Investition von 500 Euro bei der KfW beantragt werden. Bisher lag die Mindestinvestitionssumme noch bei 2.000 Euro. Die Höhe des Zuschusses liegt bei 10 % der investierten Mittel.

Gitta Connemann: Besser leben auf dem Land

Unionsfraktion will Bürokratie für Ehrenamtliche abschaffen

Der Bundestag hat den Antrag „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“ beschlossen. Darin fordern die Koalitionsfraktionen unter anderem die Befreiung des Ehrenamtes von bürokratischen Vorgaben. Auch für schnelles Internet auf dem Land setzen sie sich ein, um regionale Unternehmen zu stärken und die Digitalisierung der Landwirtschaft voranzutreiben.

Drei Fragen an Gitta Connemann, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Was zeichnet die ländlichen Regionen aus?

Jede ländliche Region hat das Zeug zum Kraftzentrum - egal, wie unterschiedlich die Menschen und Landschaften sind. Diese Kraft muss aber auch freigesetzt werden können. Dies ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zentral. Für uns sind ländliche Regionen kein Anhängsel, keine Museumslandschaften sondern Fundament unseres Landes. Mehr als die Hälfte der Menschen lebt dort. Sie sind die Heimat des Mittelstandes. Nirgendwo gibt es mehr Ehrenamt. Allerdings gibt es auch Schattenseiten wie Abwanderung oder schwache Infrastruktur. Grundsätzlich gilt: Der Erfolg einer Region steht und fällt mit ihrer Wirtschaft. Die Menschen wollen nicht nur schöner wohnen, sondern auch besser leben und gut arbeiten. Dazu brauchen sie zuallererst Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Und die Kommunen benötigen Steuereinnahmen.

Wie muss sich der Blick auf die ländlichen Räume ändern?

Wir brauchen keine Museumsdörfer sondern Vitalorte. Tradition und Moderne schließen sich dabei nicht aus. Zur „Landlust“ gehört die „Wirtschaftswoche“, zu Big Data auch das Dirndl. Dafür braucht es einen klaren Blick: Sachlichkeit statt Ideologie, Pragmatismus statt Verklärung, Herz statt Bürokratie. Hierfür sind wir die richtigen Rahmenbedingungen erforderlich. Unser Antrag „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“ ist Auftrag und Aufforderung an die Bundesregierung zugleich. Wir brauchen keine Sonntagsreden sondern Montagshandeln – auch und gerade für das Ehrenamt. Ohne dies ist auf dem Land kein Staat zu machen. Mehr als alles andere benötigt dies eine Entbürokratisierungsoffensive: Für die Freiwillige Feuerwehr, die Chöre, Sportvereine oder Hospizinitiativen.

Was ist mit der Herzkammer des Landlebens – der Landwirtschaft?

Landwirtschaft ist heute mehr als Mistgabel und Heuhaufen. Wirtschaftsmotor Nummer eins auf dem Land sind Land- und Forstwirtschaft. In der Brust des modernen Landwirts schlagen längst zwei Herzen: Eines für das Leben mit, von und in der Natur und eines als mittelständischer High-Tech-Unternehmer. Die Bauernregel muss sich mit dem Computer messen, die Milchkanne mit dem Melkroboter. Und die Landwirtschaft hat eine Schlüsselrolle bei der Zukunftsplanung: Eine wachsende Weltbevölkerung bedingt einen guten Umgang mit Ressourcen. Nie war unser Tisch so reichlich und verträglich gedeckt - das soll auch in naher und fernerer Zukunft so bleiben. Politik muss daher der Partner der Landwirte sein, nicht der Spielverderber. Daher setzen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die entsprechenden Rahmenbedingungen ein.

70 Jahre NATO

Am 4. April 2019 feiert die NATO ihren 70. Geburtstag. Was als Militärbündnis ehemaliger Alliierter begann, hat sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem Garant für Frieden, Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum gewandelt. Deutschland leistet dazu im Rahmen bestehender NATO Missionen einen entscheidenden Beitrag. Mit einem Antrag wollen wir die Leistungen der NATO würdigen und uns zu Deutschlands Rolle innerhalb des Militärbündnisses bekennen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich zu den eingegangenen Verpflichtungen (u.a. Verteidigungsausgaben) zu bekennen, sowie den Zusammenhalt zwischen EU-Partnern und der NATO weiter zu verbessern. Die NATO wird auch künftig als System kollektiver Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar sein!

Die Woche im Parlament

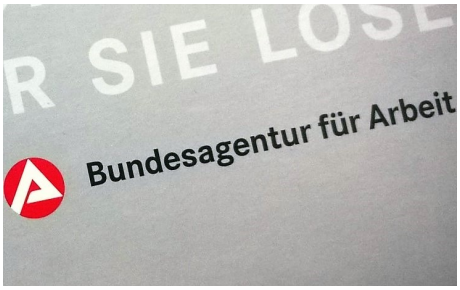
Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus. In 2./3. Lesung beschlossen wir dieses Gesetz, um den Neubau und die Verstärkung von Stromleitungen zu verbessern, indem eine vereinfachte Möglichkeit des vorzeitigen Baubeginns geschaffen wird. Zudem sollen die Entschädigungszahlungen der vom Netzausbau betroffenen Eigentümer land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke vereinheitlicht und angehoben werden. Die Kompensation naturschutzrechtlich relevanter Eingriffe soll mittels einer Bundeskompensations-Verordnung geschaffen werden. Einmal mehr stellen wir daher unseren Anspruch unter Beweis, die Energieversorgung auszubauen und zu stabilisieren, während wir uns zugleich einer ökologisch neutralen Politik verpflichten.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten. Wir haben einen Antrag beraten, der darauf abzielt, das Leben und Arbeiten auf dem Land zu verbessern. Hierfür ist die Gewährleistung des flächendeckenden Breitbandausbaus ebenso wichtig wie die Entlastung des besonders im ländlichen Raum verbreiteten Ehrenamts von bürokratischen Pflichten. Auch die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen ist erforderlich. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU eine angemessene Mittelausstattung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) nach dem Jahr 2020 zu gewährleisten und sich für den Erhalt des Programms LEADER in seiner jetzigen Form einzusetzen. Zudem soll sie darauf hinwirken, dass die Voraussetzungen für eine Förderung aus ELER deutlich vereinfacht werden, damit auch kleinere Kommunalverwaltungen ohne eigene Rechtsabteilung die Förderung unbürokratisch in Anspruch nehmen können.

Nachhaltige Entwicklungsziele erreichen – Potenziale aus der Agrarökologie anerkennen und unterstützen. Die Sicherung der weltweiten Ernährung bleibt eine der zentralen Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft. Die Agrarökologie ist ein geeigneter Wirtschaftsansatz, um das Erfordernis einer gesteigerten Lebensmittelproduktion mit einer nachhaltigen Agrarwirtschaft in Einklang zu bringen und dadurch die Ernährungsstatus der Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern. Mit einem entsprechenden Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, ihr Engagement zur Agrarökologie fortzusetzen und im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Förderung der ländlichen Räume weiter auszubauen.

Daten und Fakten

Frühjahrsbelebung auf dem Arbeitsmarkt. Infolge der klassischen Belebung des Arbeitsmarktes im März ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland in diesem Monat auf 2,3 Mio. gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit März 1991, wie die Bundesagentur für Arbeit mitteilte.



Im Vergleich zum Vormonat waren 72.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Gegenüber März 2018 lag die Arbeitslosenzahl sogar um 157.000 niedriger. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1%. Steigende Temperaturen sorgen im Baugewerbe, aber auch der Gastronomie wieder für mehr Beschäftigung. Über die Frühjahrsbelebung hinaus halte laut Experten die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt weiter an, auch wenn die Dynamik spürbar nachlasse.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit; tagesschau.de)

CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.